

Doch noch ein Kompromiss

Nach langem Ringen einigt sich das St. Galler Parlament beim Energiegesetz. Ein Streitpunkt sind die Ölheizungen.

Katharina Brenner

Nach fast vier Stunden Energiegesetz ist die Energie draussen. Eine Mehrheit im St. Galler Parlament folgt einem Antrag, der das Ende der Diskussion fordert. Nach langem Hin und Her, nach verhärteten Fronten bei Linken, SVP und Hauseigentümern findet der Rat einen Kompromiss. Dazu gehört, dass Neubauten künftig einen Teil der benötigten Elektrizität selber erzeugen. Hauseigentümer, die auf eine eigene Stromerzeugung verzichten, sollen eine Ersatzabgabe leisten. Die Einnahmen werden dann für grössere Fotovoltaik-Anlagen auf privaten oder öffentlichen Gebäuden eingesetzt.

Selbst für den «Schicksalsartikel» 12e fand der Rat einen Kompromiss. Bereits im Februar waren sich die Parlamentarier einig: Dieser Artikel macht den Kern der Gesetzesänderung aus. Er regelt, wie fossile Heizungen ersetzt werden dürfen. Das sieht die Lösung vor: In Liegenschaften mit Wohnnutzung soll eine neue fossile Heizung nur dann weiterhin zulässig sein, wenn mit Massnahmen garantiert wird, dass der CO₂-Ausstoss um mindestens zehn Prozent verringert wird. Dafür gibt es «Standardlösungen», zu denen beispielsweise eine thermische Solaranlage, die Beheizung mit Holz, eine Wärmepumpe oder ein Ersatz der Fenster zählen. Ausnahmen sind möglich, wenn solche «Standardlösungen» aus denkmalpflegerischen Gründen nicht umgesetzt werden können. Zudem gibt es eine Härtefallklausel: Wer es sich nicht leisten kann, soll eine ausgediente fossile Heizung nicht durch eine mit erneuerbarer Energie ersetzen müssen.

Die Linken wollten das Basler Modell

SP, Grüne und GLP hatten sich indes für das Basler Modell starkgemacht. Basel-Stadt wird von Umweltschützern besonders gerühmt für seinen Umgang beim Ersatz fossiler Heizungen. Muss ein Hausbesitzer in Basel eine defekte Ölheizung auswechseln, so darf er diese nur durch eine neue Ölheizung ersetzen, wenn er darlegen kann, dass eine Heizung mit erneuerbarer Energie über die gesamte Lebensdauer gerechnet teurer ist als die Ölheizung. Was Basel könne und Zürich vorhabe, das könne der Kanton St. Gallen auch, sagte SP-Kantonsrat Ruedi Blumer.

«Es geht um Freiheit versus Umwelt», sagte Kantonsrat Guido Wick und plädierte als Grüner für die Umwelt. Auf Freiheit und Eigenverantwortung beriefen sich indes Vertreter von FDP und SVP. Nicht jeder, der für einen anderen Weg sei, sei gegen den Umweltschutz, sagte FDP-Kantonsrat und Präsident des kantonalen Hauseigentümerversands Walter Locher. «Wir haben hier keinen Gottesdienst der Einheitsmeinung.» Er befürchtete «ein Einfallstor für eine Beraterindustrie in der Ökoindustrie». Wick entgegnete, Walter Locher verwechsle «ökologisch mit doof». CVP-Parteipräsident Patrick Dürr brach eine Lanze für die Hauseigentümer: «Sagen sie nicht immer die Hauseigentümer nehmen ihre Verantwortung nicht wahr – sie nehmen sie nämlich wahr.»

Bauchefin attestiert dem Kanton «grossen Nachholbedarf»

Während den Grünen, der GLP und der SP der Kompromiss der beratenden Kommission zum Ersatz der Ölheizungen nicht weit genug ging, wollte die SVP den Schicksalsartikel 12e komplett



Die Debatte ums Energiegesetz dominierte den letzten Tag der Junisession.

Bild: Benjamin Manser (St. Gallen, 4. Juni 2020)

streichen. Bauchefin Susanne Hartmann appellierte ans Parlament, diesen Antrag nicht anzunehmen. Dies wäre «ein Rückfall». Dabei habe der Kanton energiepolitisch bereits «grossen

Nachholbedarf». «Das sind wir den Menschen im Kanton und nachfolgenden Generationen schuldig.» Die Mehrheit im Parlament lehnte den Streichungsantrag der SVP mit 76 gegen

33 Stimmen ab. Auch diverse andere Anträge wurden im Weiteren abgelehnt und das Parlament folgte weitgehend dem Kompromissvorschlag der beratenden Kommission.

Kaum war die Debatte über das Energiegesetz beendet, verschickte die FDP eine Medienmitteilung. «FDP begrüsst Kompromiss beim Energiegesetz» titelt die Partei. Sie sei massgeblich bei der Erarbeitung dieses Kompromisses beteiligt gewesen. Hinter dem Eigenlob verbirgt sich das Hadern der Partei mit ihrer eigenen Klimapolitik. Erst hatte sie keinen Handlungsbedarf gesehen, den CO₂-Ausstoss von Gebäuden überhaupt einzudämmen. Mit der SVP setzte sie in vielen Punkten eine Minimalvariante durch. In der Februarsession dann machte die FDP eine Kehrtwende – auf Wunsch der Basis. Strittige Artikel im Energiegesetz gingen daraufhin zurück an die beratende Kommission.

Im zweiten Anlauf gelang am Donnerstag in erster Lesung ein Kompromiss. Die zweite Lesung folgt im September. Nach zehn Jahren wird das St. Galler Energiegesetz an die technische Entwicklung angepasst. Energieeffizient war der Weg dorthin nicht gerade.

«Ich kann das Scheinargument der Eigenverantwortung nicht mehr hören.»



Guido Wick
Grünen-Kantonsrat

«Wir haben hier keinen Gottesdienst der Einheitsmeinung.»



Walter Locher
FDP-Kantonsrat

Kommentar

Immerhin kein Absturz

Das neue Energiegesetz des Kantons St. Gallen wird kein grosser Wurf, aber es wird. Diesen Prozess dürfte die zweite Lesung im September nicht mehr gefährden. Ersteres war angesichts des andauernden Gezerres seit längerem klar, zweiteres ist nach dem mühsam errungenen Kompromiss vom Donnerstag erfreulich. Denn die Vorlage drohte zu scheitern, wenn nicht im Rat, dann an der Urne.

Der Kompromiss im «Schicksalsartikel» über den Ersatz fossiler Heizungen in bestehenden Liegenschaften macht niemanden glücklich, vielleicht abgesehen von ein paar Umweltfreisinnigen, die für die entscheidende Wende besorgt waren. Aber er beruhigt als Immerhin-Lösung – immerhin kein Verbot von Öl und Gas auf der einen, immerhin keine Narrenfreiheit für Hauseigentümer – die zerstrittenen Lager so weit, dass sie wohl ohne Referendum damit leben können.

So zäh die erneute Halbtagesdebatte um den Klimaschutz, die immer wieder zur Grundsatzdiskussion ausartete, und so anspruchsvoll ihr technischer Inhalt, so pragmatisch und austariert ihr Resultat. Das zeigt einmal mehr, dass der Widerstreit von Freiheit und Umweltschutz komplexe Fragen aufwirft und erst recht keine einfachen Lösungen duldet, wo der Klimaschutz ins Geld geht. A propos Lehrstück: Von den Fachleuten im Rat wie Andreas W. Widmer (FDP) oder Guido Wick (Grüne) gab es einiges zu lernen. Freilich von anderer Seite auch die Einsicht, dass der bescheidene Beitrag des grössten Ostschweizer Kantons das bedrohte Weltklima nur um einen Hunderttausendstel verbessert. Und dass der viel zitierte Ruck, der durch die Gesellschaft gehen müsste, nicht von selber kommt.

Der Bund gibt in der Energiepolitik die Richtung vor, die Kantone haben Mustervorschriften zur Umsetzung verfasst, St. Gallen ist nun halbwegs auf Kurs. An diesem Punkt noch das Stimmvolk zu befragen, wäre unsinnig: Weder die Ablehnung in Solothurn und Bern noch die Annahme in Luzern taugen als Gradmesser für das aufgegleiste St. Galler Gesetz. Die grummelnden Lager dürfen sich trösten: Hauseigentümerversand und SVP mit ihrem Einfluss auf die bürgerliche Mitte, die alle weitergehenden Anträge abschmettete. SP und Grüne mit der Hoffnung, die Coronakrise begünstige wenigstens die Wende im Verkehr. Nebst Gebäudeheizungen mit erneuerbaren Energien braucht es noch viele Massnahmen, bis der Kanton sein CO₂-Reduktionsziel von 20 Prozent erreicht. Derzeit verfehlt er es um ein Drittel. Weiter geht's, auch wenn es mühsam bleibt.



Marcel Elsener
marcel.elsener@tagblatt.ch